

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1570

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1570



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

**Weniger Freiheit,
mehr Bürokratie**

Fair-Food-Initiative und
Ernährungssouveränität

2xNEIN

Medienkonferenz

Überparteiliches bäuerliches Komitee
«2x Nein zu den Agrar-Initiativen»

**Weniger
Freiheit,
mehr
Bürokratie**



23. September 2018

2x NEIN

Fair-Food-Initiative und Ernährungssouveränität

**Weniger Freiheit,
mehr Bürokratie**

Fair-Food-Initiative und
Ernährungssouveränität

2xNEIN

Bern, 16. August 2018

Einladung zur Medienkonferenz

Überparteiliches bäuerliches Komitee «2x Nein zu den Agrar-Initiativen»

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Medienschaffende

Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger stimmen am 23. September 2018 über die beiden extremen Agrarinitiativen «Fair Food» und «Für Ernährungssouveränität» ab. Eine Gruppe von Bäuerinnen und Bauern aus CVP, FDP, SVP und BDP sind überzeugt, dass beide Initiativen für die Bauern mehr Vorschriften, Auflagen, Einschränkungen und Kontrollen bringen würden. Sie sind der Ansicht, dass mit dem im letzten Jahr angenommenen Verfassungsartikel «Für Ernährungssicherheit» die für die Landwirtschaft wichtigsten Punkte bereits aufgenommen wurden und die nun zur Abstimmung kommenden Initiativen über's Ziel hinausschiessen. Sie haben daher ein bäuerliches Komitee gegen die Agrarinitiativen gegründet und präsentieren ihre Argumente aus bäuerlicher Sicht gegen die Vorlagen

am Montag, 20. August, um 13:30 Uhr
Medienzentrum Bundeshaus, Konferenzsaal

Vertreter des bäuerlichen Komitees an der Medienkonferenz:

- › **Isidor Baumann**, Ständerat CVP UR, 079 388 39 33
- › **Marcel Dettling**, Landwirt, Nationalrat SVP SZ, 079 353 32 89
- › **Walter Müller**, Landwirt, Nationalrat FDP SG, 079 229 73 10
- › **Pierre-André Page**, Meisterlandwirt, Nationalrat SVP FR, 079 348 39 86

Wir bitten Sie um eine Anmeldung bis zum 19. August 2018 an info@polestica.ch

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Esther Friedli

Koordinatorin überparteiliches bäuerliches Komitee «2x Nein zu den Agrar-Initiativen»

Kontakt

- › Esther Friedli, Koordinatorin überparteiliches bäuerliches Komitee «2x Nein zu den Agrar-Initiativen», 079 394 77 62

**Weniger Freiheit,
mehr Bürokratie**

Fair-Food-Initiative und
Ernährungssouveränität

2xNEIN

Medienmitteilung überparteiliches Bauernkomitee

20. August 2018

Initiativen schiessen über's Ziel hinaus und wären für Bauern ein Eigengoal

Ein überparteiliches Bauernkomitee hat heute in Bern seine Argumente gegen die beiden Volksinitiativen «Fair Food» und «Für Ernährungssouveränität», welche am 23. September zur Abstimmung kommen, vorgestellt. Die Bauern aus SVP, FDP, CVP und BDP sind überzeugt, dass beide Initiativen für die Bauern mehr Vorschriften, Auflagen, Einschränkungen und Kontrollen bringen würden und über's Ziel hinausschiessen. Sie sind der Ansicht, dass mit dem im letzten Jahr angenommenen Verfassungsartikel «Für Ernährungssicherheit» die für die Landwirtschaft wichtigsten Punkte bereits aufgenommen wurden und dieser zuerst umgesetzt werden muss, bevor neue Verfassungsgrundsätze angenommen werden.

Verschiedene Bauern und bauernnahe Politiker aus SVP, FDP, CVP und BDP haben sich zu einem überparteilichen Bauernkomitee gegen die beiden Volksinitiativen «Fair Food» und «Für Ernährungssicherheit» zusammengeschlossen. Vertreter des Komitees haben heute in Bern aufgezeigt, welche Auswirkungen die Initiativen für die Bauern haben würden und warum beide klar abzulehnen sind.

Zuerst Verfassungsartikel vom letzten Jahr umsetzen, bevor neue angenommen werden

Fast 80 Prozent der Stimmenden haben vor knapp einem Jahr den neuen Verfassungsartikel zur Landwirtschaft, der als direkter Gegenvorschlag zur Initiative «Für Ernährungssicherheit» vorgelegt wurde, angenommen. Dieser hat die Anliegen einer nachhaltigen, ressourcenschonenden und standortangepassten Landwirtschaft bereits aufgenommen und bildet die Basis für die Umsetzung der Agrarpolitik 2022+, welcher der Bundesrat im Herbst in die Vernehmlassung geben wird. «Die Punkte, die für die Landwirtschaft in diesen Initiativen positiv zu würdigen sind, müssen daher nicht über einen neuen Verfassungsartikel aufgenommen werden, sondern sind bereits in der Verfassung und können nun über Beratungen zur Agrarpolitik und über laufende Gesetzgebungen aufgenommen und konkretisiert werden.» führte Ständerat Isidor Baumann (CVP UR) aus.

«Fair Food»-Initiative bringt unter harmlosen Namen vor allem mehr Bürokratie und schmälert Differenzierungsmerkmal der Schweizer Landwirtschaft

Die Initiative «Fair Food» nimmt unter einem harmlosen Namen Themen auf, die auch viele Bauern umtreibt. Wer will schon keine fair produzierten Lebensmittel kaufen und essen? Das Bauernkomitee ist jedoch der Überzeugung, dass die Initiative nur auf den ersten Blick gut tönt, aber bei der Umsetzung für die Bauern vor allem viele neue administrative Hürden und bürokratische Auflagen bringen würde. «Bereits heute produziert die Schweizer Landwirtschaft ökologisch, nachhaltig und im Sinne des Tierwohls. Da brauchen wir nicht noch mehr ökologische Auflagen und administrative Hürden», ist Meisterlandwirt und Nationalrat Pierre-André Page (SVP FR) überzeugt. Sein Kollege Marcel Dettling (SVP SZ) ergänzt: «Beide Initiativen schiessen weit übers Ziel hinaus. Sie sind in einer umfassenden Regelungsdichte abgefasst und führen letztlich dazu, dass noch mehr Bürokratie

entsteht, noch mehr Vorschriften erlassen werden und dies auch zu einem grösseren Kontrollapparat führt. Dies bringt uns produzierende Bauern noch mehr unter Druck». Dürfen ausländische Produkte zudem nur mit gleichen Herstellungsbedingungen wie in der Schweiz importiert werden, führt dies auch dazu, dass das Qualitätsniveau von Schweizer und ausländischen Produkten gleich hoch ist. Diese Regulierung wird den Schweizer Bauern ein Differenzierungsmerkmal rauben. Der einzige Unterschied wäre danach nur noch der Preis. Schweizer Bauern hätten aufgrund der höheren Löhne und dem höheren Kostenumfeld jedoch viel höhere Fixkosten als die ausländische Konkurrenz. Und damit einen weiteren Wettbewerbsnachteil. Dies wäre ein grosses Eigengoal für uns Bauern, sind die Vertreter des Komitees überzeugt.

Die Vertreter des bäuerlichen Komitees appellieren an die Konsumenten, vor allem Schweizer Produkte zu kaufen, anstatt auf ausländische Produkte zu setzen. Damit würde dem nachhaltigen und umweltbewussten Gedanken am Meisten Rechnung getragen.

Bauern nicht zu Staatsangestellten degradieren

Die Initiative «Für Ernährungssouveränität» will so viel wie möglich an den Staat delegieren – von lokalen Wochenmärkten, zu bäuerlichen Organisationen bis zur Abgabe von staatlichem Saatgut und staatlicher Steuerung von Angebot und Nachfrage. Damit wird die Landwirtschaft noch mehr staatlich geregelt und degradiert die Bauern zu Staatsangestellten. «Wir Bauern sind Unternehmer und wollen mit unseren Produkten ein Einkommen erzielen. Wir wollen vielfältig sein, Bauernbetriebe sollen sich aufgrund verschiedener Faktoren spezialisieren können. Wenn die Agrar-Initiativen angenommen werden, wird das aber noch schwieriger. Der Staat wird noch mehr befehlen, was wann und zu welchem Preis produziert wird und auch was wann gegessen wird.» führt Landwirt und Nationalrat Walter Müller (FDP SG) aus. Dies hemmt die Innovation und Weiterentwicklung der Schweizer Landwirtschaft und macht den Beruf des Landwirtes immer weniger attraktiv. Das Bauernkomitee empfiehlt daher zweimal ein klares NEIN zu diesen extremen Agrarinitiativen.

Weitere Informationen zum überparteilichen Agrarkomitee und der Kampagne sind unter www.agrarinitiativen-nein.ch verfügbar.

Für Fragen stehen zur Verfügung:

- › **Isidor Baumann**, Ständerat CVP UR, 079 388 39 33
- › **Marcel Dettling**, Landwirt, Nationalrat SVP SZ, 079 353 32 89
- › **Walter Müller**, Landwirt, Nationalrat FDP SG, 079 229 73 10
- › **Pierre-André Page**, Meisterlandwirt, Nationalrat SVP FR, 079 348 39 86

Sperrfirst: 20. August 2018, 13.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Initiativen schiessen über's Ziel hinaus und wären für uns Bauern ein Eigengoal

Marcel Dettling, Landwirt, Nationalrat SVP SZ

Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger stimmen am 23. September 2018 über die beiden extremen Agrarinitiativen «Fair Food» und «Für Ernährungssouveränität» ab. Die beiden Initiativen sind für uns Bauern von grosser Bedeutung, da sie uns direkt betreffen. Deshalb haben wir uns Bäuerinnen und Bauern von SVP, CVP, FDP und BDP zu einem überparteilichen Komitee zusammengeschlossen, um unsere Argumente gegen diese Initiativen darzulegen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass der Bauernverband zu beiden Initiativen schon sehr früh Stimmfreigabe beschlossen hat. Wir wollen aufzeigen, was die beiden extremen Initiativen für uns Bauern bedeuten würde und wollen dazu klar Stellung beziehen.

Die Schweizer Bauern arbeiten viel und verdienen wenig, der Druck ist bei den meisten Landwirtschaftsbetrieben täglich spürbar. Die Gründe dafür sind unterschiedlich, doch der Preisdruck ist dabei einer der wichtigsten Gründe. Wir Bauern produzieren bereits heute nachhaltig, tierfreundliche und regionale Lebensmittel, die leider oft zu einem viel zu tiefen Preis verkauft werden können. Dazu kommen ständig neue Auflagen, die immer wieder zu Investitionen führen. Unternehmerische Aktivitäten werden den Schweizer Bauern oft untersagt. Gesetze verhindern Innovationen (Beispiel Raumplanungsgesetz). Dazu kommen die oft langen und strengen Arbeitstage. Doch wer wie ich mit Leib und Seele Bauer ist, der engagiert sich täglich auf dem Betrieb – für die Tiere, für die Familie, für das Land.

Vor diesem Hintergrund habe ich ein gewisses Verständnis für die beiden vorliegenden Initiativen «Fair Food» und «Für Ernährungssouveränität». Sie nehmen Themen auf, die die Bauern beschäftigen. Sie beinhalten einige Punkte, die auch ich unterstütze – so eine Landwirtschaft, die auf Familienbetriebe setzt oder sich gegen den totalen Agrarfreihandel wehrt. Und wer will schon nicht umweltfreundliche und fair hergestellte Lebensmittel? Und wer setzt sich nicht für das Tierwohl ein? Doch bei genauerer Betrachtung der beiden Initiativen zeigt sich, beide Initiativen müssen abgelehnt werden. Sie rufen nach mehr Staat und hemmen damit Innovationen und eine Weiterentwicklung der Agrarpolitik.

Oder kurz auf den Punkt gebracht: Beide Initiativen schiessen weit übers Ziel hinaus. Sie sind in einer umfassenden Regelungsdichte abgefasst und führen letztlich dazu, dass noch mehr Bürokratie entsteht, noch mehr Vorschriften erlassen werden und dies auch zu einem grösseren Kontrollapparat führt. Zudem sind ihre umsetzbaren Punkte bereits in dem im letzten Jahr angenommenen Verfassungsartikel «Für Ernährungssicherheit» aufgenommen. Ständerat Isidor Baumann wird speziell darauf eingehen.

Differenzierungsmerkmal der Schweizer Landwirtschaft gefährdet

Die Initiative «Fair Food» fordert, dass alle in die Schweiz importierten Nahrungsmittel gemäss Schweizer Standard produziert werden. Im Zuge der Diskussionen der letzten Wochen äussern sich die Initianten immer wieder anders, wie dies umgesetzt werden soll. Dies zeigt, dass die Initiative unklar formuliert wurde und Tür und Tor für eine Umsetzung mit viel Bürokratie öffnet. Laut neusten Aussagen der Initianten kann der Bund an der Grenze mit Kontingenten und Zöllen fair hergestellte Produkte bevorzugen. Wer aber liefert dem Bund die Informationen, ob ein Produkt entsprechend den Anforderungen gemäss Schweizer Standards hergestellt wurde? Bei den verarbeiteten Produkten wird das Ganze dann noch einmal komplizierter. Da müssten wir eine Vollzugsbürokratie quasi weltweit exportieren, um das alles sicherzustellen. Die Schweiz wäre dann Weltpolizist für Fragen der Lebensmittelqualität. Ein immenser Kontrollapparat müsste da aufgebaut werden mit entsprechender Kostenfolge.

Dürfen nur noch ausländische Produkte mit gleichen Herstellungsbedingungen wie in der Schweiz importiert werden, führt dies auch dazu, dass das Qualitätsniveau von Schweizer und ausländischen Produkten gleich hoch ist (staatliche Garantie). Diese Regulierung wird den Schweizer Bauern ein Differenzierungsmerkmal rauben. Der einzige Unterschied wäre danach nur noch der Preis. Schweizer Bauern hätten aufgrund der höheren Löhne und dem höheren Kostenumfeld jedoch viel höhere Fixkosten als die ausländische Konkurrenz. Und damit einen weiteren Wettbewerbsnachteil. Dies wäre ein grosses Eigengoal für uns Bauern. Und es führt dazu, dass der Druck auf uns Bauern weiter wächst und damit zu weiteren Betriebsaufgaben führt. Das wahre Gesicht zeigen dann die Initianten in Ihrem eigenen Argumentarium. So schreiben sie auf Seite 7 „die Ökologisierung im Inland erhält zusätzlichen Schub, wenn mit den Importen ein Wettbewerb um Nachhaltigkeit und bessere Qualität entsteht“. Dies heisst nichts anderes, dass man die Produktion in der Schweiz weiter drosseln will, um gleichzeitig mehr importieren zu können. Das wäre ein massiver, Einschnitt in die schweizerische Landwirtschaft.

Auf Schweizer Produkte setzen

Die Antwort auf diese Initiativen kann nur ein NEIN sein. Und ein Appell an alle Konsumentinnen und Konsumenten: Kaufen sie Schweizer Produkte. Mit dem Kauf von in der Schweiz hergestellten Lebensmitteln dienen wir dem umweltschonenden Gedanken am meisten. Und da wir weltweit eines der strengste, wenn nicht sogar das strengste Tierschutzgesetz haben, kann der Konsument mit dem Kauf von Schweizer Produkten das Tierwohl aktiv unterstützen. Somit brauchen wir nicht noch zusätzliche, Verfassungsbestimmungen. Aus all diesen Gründen sind wir gut beraten, wenn wir diese beiden Initiativen ablehnen.

Kontakt:

Marcel Dettling, Landwirt, Nationalrat SVP SZ, 079 353 32 89

<https://www.agrarinitiativen-nein.ch/>

Sperrfirst: 20. August 2018, 13.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Umsetzbare Anliegen der Initianten bereits in Verfassung aufgenommen

Isidor Baumann, Ständerat, CVP UR

Als Sprecher der ständerätlichen Kommission haben mich in den letzten Jahren diese agrarpolitischen Initiativen eng begleitet. Ich war federführend, den neuen Verfassungsartikel 104a als direkten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» zu formulieren. Es war mir und meinen Kolleginnen und Kollegen darin von Anfang an ein Anliegen, für alle drei Initiativen eine gesamtheitliche, mehrheitsfähige Lösung zu finden. Darum haben wir im Ständerat bereits bei der Diskussion der Initiative des Bauernverbandes «Für Ernährungssicherheit» darauf hingearbeitet, einen Gegenvorschlag zu erarbeiten, der unter anderem auch die umsetzbaren und mehrheitsfähigen Anliegen der Initiativen «Fair Food» und «Ernährungssouveränität» aufgenommen hat. Wir haben uns damals intensiv die Mühe genommen, herauszufinden und auszuloten, was alles für eine Volksabstimmung vertretbar ist und wie die Anliegen aller drei Initiativen in der ersten - und hoffentlich einzigen erfolgreichen - Volksabstimmung dem Volk unterbreitet werden können. Dieser neue Verfassungsartikel wurde mit überwältigender Mehrheit im Parlament und am 24. September 2017 von fast 80 Prozent der Stimmenden und von allen Kantonen angenommen. Wir haben bereits damals klar gesagt, dass weiter gehende Verschärfungen, Zollmassnahmen, Marktstützungen usw. nicht umsetzbar noch volkswirtschaftlich sinnvoll sind. Verschiedene Ziele der nun zur Abstimmung kommenden Initiativen sind somit in Art. 104a bereits festgeschrieben.

Beide Initiativen sind nicht mehr nötig

Aufgrund des vor einem Jahr angenommenen Verfassungsartikel «Für Ernährungssicherheit» braucht die beiden nun zur Abstimmung kommenden Initiativen nicht mehr. Sie würden auch der aktuellen und angedachten Weiterentwicklung der Agrarpolitik widersprechen. Die wichtigsten Punkte hat das Schweizer Volk vor einem Jahr mit Artikel 104a in die Verfassung aufgenommen:

- *Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion, insbesondere des Kulturlandes;*
- *Standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion;*
- *Eine auf den Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft;*
- *Grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen;*
- *Ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln.*

Diesen Verfassungsartikel gilt es nun umzusetzen. Er beinhaltet dabei bereits die wichtigen Punkte einer nachhaltigen, ressourcenschonenden und standortangepassten Landwirtschaft. Er kann allen Erwartungen der Gesellschaft Rechnung tragen, und auch einer Landwirtschaft, in der die Bauernbetriebe ihre Produkte zu anständigen Preisen absetzen können und damit eine Existenzgrundlage haben. Weitergehende Verfassungsbestimmungen helfen weder den Konsumenten, noch der Schweizer Landwirtschaft und auch nicht der Ernährungssicherheit in unserem Land.

Die extremen Agrarinitiativen sind in einigen Teilen nicht umsetzbar und nicht finanzierbar

Die beiden nun zur Abstimmung kommenden Agrarinitiativen beinhalten beide auch Punkte, die kaum umsetzbar sind. Auch dies haben wir im Ständerat in unseren Überlegungen einbezogen. So ist die Fair-Food-Initiative in vielen Teilen nicht umsetzbar, so u.a. im Ausland, sie führt zu Mehrkosten, kann die Konsumentinnen und Konsumenten bevormunden und belastet die Verarbeitungsindustrie. Gleiches bewirkt auch die Initiative «Für Ernährungssouveränität». Sie führt zusätzlich zu neuen Importzöllen, enthält protektionistische Tendenzen, was auch WTO-widrig ist.

Die Initiativen ablehnen und die Kräfte auf Agrarpolitik 2022+ setzen

Einzelne Ziele, die in diesen Initiativen positiv zu würdigen sind, müssen nicht über einen weiteren neuen Verfassungsartikel aufgenommen werden, sondern diese sind bereits in der Verfassung und können in der Beratung zur Agrarpolitik 2022+, über Freihandelsverträge und laufende Gesetzgebungen verfeinert und konkretisiert werden.

Der Nationalrat hat in der Junisession die Gesamtschau des Bundesrates zur Agrarpolitik zurückgewiesen mit dem Auftrag, die Weiterentwicklung der Agrarpolitik vom künftigen Freihandelsabkommen zu trennen. Der Bundesrat erarbeitet nun den Bericht zur Agrarpolitik 2022+, der im Herbst in die Vernehmlassung geschickt wird. Auch damit zeigt sich, dass die Initiativen überholt worden sind. Vielmehr sollen nun die neuen Verfassungsbestimmungen vom letzten Jahr in der Agrarpolitik 2022+ konkretisiert und zukunftsorientiert umgesetzt werden.

Kontakt:

Isidor Baumann, Ständerat CVP UR, 079 388 39 33

<https://www.agrarinitiativen-nein.ch/>

Sperrfirst: 20. August 2018, 13.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Keine weitere Verstaatlichung der Landwirtschaft

Walter Müller, Nationalrat FDP SG

Ich führte zusammen mit meiner Familie viele Jahre einen Landwirtschaftsbetrieb, der jetzt von meinen Söhnen weitergeführt wird. Die Produktion gesunder und regionaler Lebensmittel ist mir wichtig. Schon im Jahr 2000 durfte ich zusammen mit Partnern eine Organisation für regionale Vermarktung gründen. Die Agrar-Initiativen «Fair-Food» und «Ernährungssouveränität» suggerieren, dass in diesem Bereich noch viel zu wenig getan wird und deshalb der Staat einspringen muss. Dieses Bild will ich korrigieren, aus diesem Grund sitze ich heute hier. Auch will ich kurz aufzeigen, was für weitreichende Folgen die Initiativen für uns Bauern haben.

Bereits heute viele staatliche Auflagen im Bereich der Landwirtschaft

Bereits heute ist die Landwirtschaft auf Nachhaltigkeit, Ökologie und Tierwohl ausgerichtet. Wer heute nicht nach gewissen ökologischen Standards produziert und sich an die Tierschutzvorschriften hält, muss mit Kürzungen der Direktzahlungen rechnen. Dies ist auch gut, denn «schwarze Schafe» schaden uns Bauern. Doch wir dürfen uns nicht an den schlechten Beispielen messen, sondern an den vielen tollen und innovativen Bauernbetrieben, die mit viel Herzblut sich für das Tierwohl und die Produktion von Lebensmittel einsetzen. Diese leiden immer mehr unter der Vielzahl an staatlichen Regelungen, Vorschriften und Kontrollen. In den letzten Jahren ist vor allem im Bereich Auflagen immer mehr dazugekommen – die Bauern verbringen immer mehr Zeit im Büro, anstatt bei den Tieren oder auf dem Feld. Dieser Tendenz müssen wir dringend den Riegel schieben. Der Stand an Vorschriften ist nun genug.

Bauern nicht zu Staatsangestellten degradieren

Die Initianten haben in den letzten Wochen ausgeführt, ihre Initiative habe im Inland kaum Auswirkungen. Das ist falsch. Die Initiativen sind alles andere als harmlos, sie machen uns Bauern zu Staatsangestellten und hemmen Innovationen. Unter dem scheinheiligen grünen Deckmantel zwingen beide Agrar-Initiativen den Bund im Inland, aber auch im Ausland, die ökologischen und sozialen Anforderungen an die Herstellung und den Verkauf von Lebensmitteln weiter zu erhöhen. Der Bund soll den Bauern noch mehr vorschreiben, wie wir zu produzieren haben. Natürlich werden mit stärkeren Vorschriften auch die Kontrollen noch schärfer und teurer. Der Druck auf die produzierenden Bauern wird damit noch mehr erhöht. Unser unternehmerischer Handlungsspielraum wird immer mehr eingeschränkt.

Denn die Initiativen sind äusserst detailliert und ausführlich formuliert. Alles Mögliche und Unmögliches soll geregelt und an den Staat delegiert werden – von lokalen Wochenmärkten bis hin zu bäuerlichen Organisationen. Eine genaue Auflistung finden Sie in Ihrem Mediendossier. So würde der Bund den Auftrag erhalten, auch bei den Futtermitteln dieselben sozialen und ökologischen Ziele wie bei Lebensmitteln anzustreben. Dies führt zu höheren Preisen von Futtermitteln, sowohl importierten wie in der Schweiz hergestellten und führt damit zu höheren

Produktionskosten. Aber auch die strengeren Anforderungen an die Produktions- und Deklarationsvorschriften haben steigende Kosten, mehr Aufwand und eine Verkomplizierung des Absatzes zur Folge. All dies hemmt den Verkauf, die Vermarktung und den Export von Schweizer Lebensmitteln. Zum einen durch steigende Preise in der Schweiz, zum anderen aber auch, da es im Ausland bereits Lebensmittel gibt, die gleich wie in der Schweiz produziert würden.

Neben der Gemeinsamkeit der staatlichen Produktionsvorschriften im In- und Ausland, geht die Initiative «Für Ernährungssouveränität» noch weiter. Sie will eine komplette Verstaatlichung der Schweizer Landwirtschaftspolitik mit der Abgabe von staatlichem Saatgut und staatlicher Steuerung von Angebot und Nachfrage. Die ganze Ernährungsbranche wird verstaatlicht. Als Liberaler sträuben sich da bei mir alle Nackenhaare.

Ich bin überzeugt, die Grünen werden nicht locker lassen. Langfristig wollen sie so einen Biostandard für alle durchsetzen. Allerdings sind sie nicht bereit die höheren Kosten dafür selber zu tragen. Das soll die Allgemeinheit über höhere Direktzahlungen (Steuergelder) begleichen. Damit soll auch bestimmt werden, was in der Schweiz gegessen wird. Dagegen wehre ich mich. Die Konsumenten sind genug mündig, dass sie selber entscheiden können, was auf ihrem Teller landet. Es ist nicht am Staat, hier Vorschriften zu erlassen.

Bauern brauchen unternehmerische Freiheiten

Es gibt nur ein Jahr nach der Annahme der neuen Verfassungsbestimmung zur Landwirtschaft keinen Handlungsbedarf, noch weitergehende und äusserste detaillierte Bestimmungen in die Verfassung aufzunehmen. Ich will nicht, dass die Verfassung zu einem Sudelheft mit unnötigen Artikeln verkommt, nur weil Initiativen einen wohlklingenden Namen haben. Halten wir uns an schlanke Vorgaben, wie den Artikel zur Ernährungssicherheit. Und vor allem, lassen wir den Bauern Freiräume, damit sie auch unternehmerisch tätig sein können. Ich wünsche mir eine vielfältige Landwirtschaft, wo die einzelnen Betriebe unterschiedliche Lebensmittel erzeugen – je nach Standort und Nachfrage der Konsumenten

Kurzum: Wir Bauern wollen keine Staatsangestellten sein und brauchen Handlungsspielraum. Wir sind Unternehmer und wollen mit unseren Produkten ein Einkommen erzielen. Wir wollen vielfältig sein, Bauernbetriebe sollen sich aufgrund verschiedener Faktoren spezialisieren können. Wenn die Agrar-Initiativen angenommen werden, wird das aber noch schwieriger. Der Staat wird noch mehr befehlen, was wann und zu welchem Preis produziert wird und auch was wann gegessen wird. Aus liberaler Sicht ein Graus. Aus diesen Gründen sage ich klar Nein zu diesen Agrar-Initiativen.

Kontakt:

Walter Müller, Landwirt, Nationalrat FDP SG, 079 229 73 10

<https://www.agrarinitiativen-nein.ch/>

Sperrfirst: 20. August 2018, 13.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Das Menü für die Abstimmung vom 23. September ist deftig

Pierre-André Page, Nationalrat, SVP FR

Die Schweizer Bürgerinnen Bürger werden über zwei Initiativen entscheiden, die nicht nur die Landwirtschaft betreffen, sondern auch jeden einzelnen Konsumenten und jede einzelne Konsumentin.

Ende dieser Woche wird die Delegiertenversammlung der SVP in Zug eine Parole zu den beiden Agrar-Initiativen fassen. Ich werde nichtsdestotrotz bereits heute einige Worte zu diesen Initiativen an Sie richten.

Bei Früchten gilt: was grün ist, ist nicht reif. Genauso verhält es sich auch bei der von den Grünen lancierten Fair-Food-Initiative. Sie ist schlicht noch nicht reif und muss ohne Wenn und Aber abgelehnt werden. Bereits heute versucht jeder Bauer, möglichst umweltschonend seine Böden und Äcker zu bewirtschaften und möglichst nachhaltig zu produzieren. Bereits heute möchte jeder Produzent, dass seine Produkte klar deklariert und lokal hergestellt werden. Bereits heute achtet jeder Konsument auf die Qualität seiner Einkäufe.

Meine Damen und Herren, wir machen uns alle Gedanken zu diesem Thema. Und genau das ist die grosse Gefahr dieser Initiative:

- ein irreführender Ansatz,
- der auf offene Ohren stösst
- und ein Bürokratiemonster kreierte und die Preise in die Höhe schiessen lässt.

Bauern produzieren bereits heute nachhaltig

Das Schweizer Volk hat sich bereits vor einem Jahr zu diesem Thema geäussert. Mit einer überwiegenden Mehrheit hat die Stimmbevölkerung den Bundesbeschluss zur Ernährungssicherheit angenommen. Die Ernährungssicherheit wurde damit in die Verfassung aufgenommen. Darüber hinaus verfügt unser Land schon über die gesetzliche Grundlage, welche die offenen Fragen zur Ökologie, zur Wasserqualität oder auch zum Tierwohl regeln. Bereits heute fördert der Bund eine faire und nachhaltige Landwirtschaftsproduktion. Unzählige private Qualitätslabels stellen sicher, dass die Schweizer Normen eingehalten werden.

Fair-Food Initiative bringt hohe Kosten

Die Fair-Food-Initiative will nun aber auch das Ausland und die gesamte Wirtschaft einbinden. Der Bund müsste im Inland wie auch im Ausland eine Armee von Kontrolleuren aufstellen. Weiter müsste ein rigoroser Vorschriftenkatalog ausgearbeitet werden. Stellen Sie sich die Kosten für dieses Bürokratiemonster vor!

Kosten, die massive Auswirkungen auf die Lebensmittelpreise hätten und damit vom Konsumenten getragen werden müssten. Diese unnötigen Kontrollen schwächen nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit unserer Nahrungsmittelindustrie, sie zerstören auch Schweizer Familienunternehmen. Diese könnten diese zusätzlichen Kosten nicht mehr tragen und müssten ihren Betrieb einstellen.

So wie die Initiative der Grünen vorliegt, ist sie ausserdem in Bezug auf Importwaren nicht WTO-konform. Gemäss der Welthandelsorganisation dürfen Produkte nicht aufgrund ihrer Herstellungsmethode diskriminiert werden. Unser Land könnte sich plötzlich in einem Rechtsstreit wiederfinden, in welchem die Schweiz ganz sicher den Kürzeren ziehen würde. Auch die Exportindustrie könnte in Schwierigkeiten geraten – Ganz zu schweigen vom Imageschadens, der unsere Politik davontragen könnte.

Kontakt:

Pierre-André Page, Meisterlandwirt, Nationalrat SVP FR, 079 348 39 86

<https://www.agrarinitiativen-nein.ch/>